

**Rechtsausschuß**

# Protokoll

4. Sitzung (nicht öffentlich)

14. November 1990

Düsseldorf - Haus des Landtags

12.30 Uhr bis 14.05 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schreiber (SPD)

Stenographen: Scheidel, Eilting

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Aktuelle Viertelstunde**

**a) Vorfälle bei der Staatsanwaltschaft in Essen**

Berichts-anforderung des Abgeordneten Dr. Klose (CDU)

- Bericht des Justizministers Dr. Krumsiek 1
- Aussprache 5

Rechtsausschuß

14.11.1990

4. Sitzung

ei-sz

Seite

**b) Nichteinweisung eines als gefährlich eingestuften Jugendlichen durch einen Jugendrichter in Hattingen**

Berichts-anforderung des Abgeordneten Paus (Detmold) (CDU)

- Bericht des Justizministers Dr. Krumsiek 10
- Aussprache 13

**c) Ausdehnung des Kreises der zum Langzeitbesuch berechtigten Gefangenen**

Berichts-anforderung des Abgeordneten Diegel (CDU)

- Bericht des MD Starke (JM) 15
- Aussprache 16

**d) Mitteilungen des Ausschußvorsitzenden 21**

**2 Konzept zur Umwidmung und Schließung von Vollzugsanstalten 22**

Der Ausschuß nimmt das vom Justizminister übersandte Konzept vom 3. November 1990 im Rahmen einer kurzen, vorläufigen Erörterung entgegen.

Rechtsausschuß

14.11.1990

4. Sitzung

ei-sz

Seite

**3 Siebtes Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung  
der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/526

23

**Der Ausschuß beschließt auf Vorschlag der SPD-Fraktion,  
zu der für die nächste Sitzung vorgesehenen Beratung vier  
Sachverständige hinzuzuziehen.**

**4 Verfassungsgerichtliches Verfahren**

wegen der Beschwerde der Frau Petra Böckelmann gegen die Wahl-  
prüfungsentscheidung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom  
20. September 1990

- VerfGH 10/90 -

und des Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung

- VerfGH 11/90 -

24

Nach kurzer Erörterung, in deren Verlauf der Ausschuß  
Darlegungen des LMR Krieg (Landtagsverwaltung) entgegen-  
nimmt, wird vereinbart, die beiden vorliegenden Entwürfe  
einer Stellungnahme nach Möglichkeit zu vereinheitlichen und  
in der nächsten Sitzung über eine entsprechende Empfehlung an  
den Landtag zu entscheiden.

Rechtsausschuß  
4. Sitzung

14.11.1990  
ei-sz

Seite

**5 Termin- und Arbeitsplan**

Der Ausschuß billigt ohne Aussprache den als Anlage zum  
Protokoll wiedergegebenen Terminplan 1991.

-----

**3 Siebtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/526

Der **Vorsitzende** teilt vorab mit, die Vereinigung der Verwaltungsrichter habe in einer Zuschrift darauf hingewiesen, daß es durch die vorgesehene Ausweitung der Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte für Asylsachen nicht unbedingt zu einer Beschleunigung kommen werde. Die Vereinigung wäre, falls der Ausschuß eine Anhörung plane, für eine Einladung dankbar.

**Abgeordneter Dr. Haak (SPD)** spricht sich dafür aus, zu den Ausschußberatungen gezielt die folgenden Sachverständigen hinzuzuziehen:

- die Vereinigung der Verwaltungsrichter,
- den Präsidenten eines Gerichtes, das jetzt bereits die Zuständigkeit für Asylsachen habe, z. B. Köln,
- den Präsidenten eines Gerichtes, das demnächst die Zuständigkeit dafür erhalten solle, z. B. Arnsberg,
- den Präsidenten des Obergerichts.

**Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.)** wehrt sich nicht gegen eine solche Anhörung, hält sie aber nicht für unbedingt notwendig. Die großen Fallzahlen reichten seines Erachtens aus, allen Verwaltungsgerichten die Zuständigkeit zu geben; nach Überwindung der Umstellungsschwierigkeiten werde das schon funktionieren. Auf die Dauer werde dadurch aber nichts erreicht, wenn die Zahl der Richter insgesamt so gering bleibe. Für ihn sei das der Hauptansatzpunkt - auch bei den Haushaltsberatungen -; denn wenn man den Mangel statt auf vier nun auf sieben Gerichte verteile, ergebe sich keine Beschleunigung.

Bezug nehmend auf die vielen tausend unerledigten Akten wünscht **Abgeordneter Appel (GRÜNE)** zur nächsten Ausschußberatung vom Minister das Konzept zu erfahren, wie die Situation auf dem Weiterbildungsweg usw. tatsächlich verbessert

werden solle. JURIS allein reiche seines Erachtens nicht. Er bitte auch die Kosten der Umstellung mitzuteilen.

Der Ausschuß stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, die vom Abgeordneten Dr. Haak genannten Sachverständigen möglichst in der nächsten Sitzung am 5. Dezember zu hören.

#### **4 Verfassungsgerichtliches Verfahren**

wegen der Beschwerde der Frau Petra Böckelmann gegen die Wahlprüfungsentscheidung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 20. September 1990  
- VerFGH 10/90 -

und des Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung  
- VerFGH 11/90 -

Der Vorsitzende gibt bekannt, die Landtagsverwaltung habe ihm mitgeteilt, daß der Verfassungsgerichtshof beabsichtigt habe, das Hauptverfahren in der Wahlprüfungssache am 13. November, also gestern, zu beraten. Im Hinblick auf eine mögliche Zwischenentscheidung wäre Gelegenheit gewesen, bis zum 12. November eine Stellungnahme abzugeben. Der Termin sei verstrichen.

Abteilungsleiter Krieg von der Landtagsverwaltung habe ihm gegenüber angeregt, die heutige Tagesordnung um diesen Punkt zu ergänzen und zu überlegen, ob der Rechtsausschuß dem Landtag die Abgabe einer Stellungnahme empfehle oder ob der Rechtsausschuß im Hinblick auf die Eilbedürftigkeit eventuell selbst gegenüber dem Verfassungsgerichtshof Stellung nehme.

Der Entwurf einer Stellungnahme der Landtagsverwaltung liege seit gestern vor. Die SPD-Fraktion habe ebenfalls einen Entwurf erarbeitet.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.) regt an, keine Stellungnahme abzugeben. Er meine, der Landtag habe durch seinen Beschluß am 20. September das Notwendige